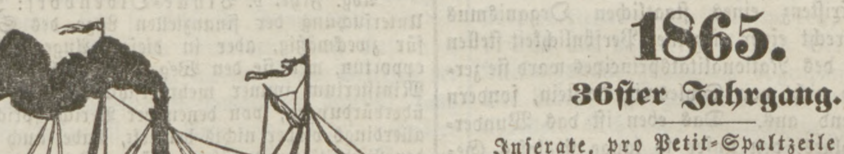
Danziger Dampfboot.

№ 64. **1865.**

Donnerstag, den 16. März. **36ster Jahrgang.**



Das „Danziger Dampfboot" erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abonnementspreis hier in der Expedition Portechaisengasse Nr. 5. wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 1 Sgr., werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.
Inserate nehmen für uns außerhalb an:
In Berlin: Retemeyer's Centr.-Ztgs.- u. Annonc.-Büreau.
In Leipzig: Illgen & Fort. H. Engler's Annonc.-Büreau.
In Breslau: Louis Stangen's Annoncen-Büreau.
In Hamburg, Frankf. a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler.

Staats-Lotterie.

Berlin, 15. März. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 3. Klasse 131. Königlicher Klassen-Lotterie fiel 1 Gewinn von 1000 Thlr. auf Nr. 4349. 4 Gewinne zu 600 Thlr. fielen auf Nr. 14,264. 20,725. 26,900 und 34,563. 5 Gewinne zu 300 Thlr. auf Nr. 21,941. 22,271. 40,242. 59,882 und 87,947, und 9 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 18,260. 25,497. 30,699. 40,720. 50,639. 59,506. 80,231. 81,160 und 81,363.

Telegraphische Depeschen.

Hamburg, Mittwoch 15. März.
Aus Kopenhagen eingetroffene Privatbriefe bestätigen übereinstimmend das Gerücht einer dort stattfindenden Ministerkrisis. Der Minister-Präsident Bluhme und der Finanzminister David werden wegen erneuerter Meinungsverschiedenheit in der Verfassungsfrage aus dem Kabinet ausscheiden.

Altona, Mittwoch 15. März.
Das „Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein" bringt eine Bekanntmachung der Landesregierung, welche im Wesentlichen besagt: Einzelne Individuen haben in der letzten Zeit unbesonnene Bewohner Nordschleswigs verleitet, eine Adresse zu unterzeichnen, welche den Zweck haben sollte, eine auswärtige Macht dafür zu interessiren, daß die durch den Friedensvertrag garantirte Ordnung in den Herzogthümern umgestürzt, Nordschleswig unter die Dänenherrschaft zurückgebracht, und der alte, unheilvolle Streit erneuert werde. Die Bewohner Schleswigs werden daher gewarnt, sich zu Gunsten solcher Umtriebe mißbrauchen zu lassen; jedes Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung und die Ruhe des Staates würde nach der Strenge der Gesetze bestraft werden. — Die Polizeibehörden werden angewiesen, den bezeichneten Wühlereien ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden können.

Kassel, Mittwoch 15. März.
In der heutigen Sitzung der Stände wurde ein von Trabert gestellter Antrag, von den direkten Steuern 330,000 Thlr. zu streichen und das dadurch entstehende Deficit mit den Ueberschüssen aus früheren Perioden zu decken, mit 27 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Die Abstimmung in der gestrigen Sitzung über denselben Antrag hatte Stimmengleichheit ergeben. Für den Trabert'schen Antrag stimmten sämmtliche Ritter. Der Antrag Oetkers, den Preis des Salzes herabzusetzen, wurde in Erwägung gezogen.

Wien, Mittwoch 15. März.
In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses brachte der Finanzminister v. Plener einen Gesetzentwurf ein, die Verlängerung der bestehenden Steuererhöhungen auf drei Monat bezweckend. Staatsminister v. Schmerling erklärte in Beantwortung der Interpellation des Abgeordneten v. Grocholski, bezüglich des Nothstandes im Hochgebirge Galiziens, daß die darüber verbreiteten Gerüchte übertrieben seien; der Hungertyphus sei nicht ausgebrochen; die Regierung habe Maßregeln zur Abhülfe getroffen. — Hierauf begann die Debatte über den Gesetzentwurf, betreffend die Bemessung und Erhebung der Erwerb- und Einkommensteuer von Eisenbahnen.

— Die „Generalkorrespondenz" bezeichnet die Wiener Nachricht der „Breslauer Zeitung", daß der Kaiser in dem Ministerrathe, in welchem die Antwort-Note auf die preußischen Forderungen bezüglich Schleswig-Holstein berathen worden, sich gegen sämmtliche Minister entschieden zu Gunsten jener Forderungen ausgesprochen habe, für gänzlich erfunden.

Turin, Dienstag 14. März.
Das heute ausgegebene Finanzexposé weist für das Ende des Verwaltungsjahres 1864 ein Totaldefizit von 317 Millionen auf. Das Jahr 1866 wird mit einem Defizit von 625 Millionen abschließen, welche durch den Verkauf der Staatseisenbahnen auf 425 Millionen reduzirt werden. Zur Deckung verlangt der Finanzminister die Contrahirung einer Anleihe von 425 Millionen, zahlbar in 18 Monaten, und bringt verschiedene neue Steuerprojekte in Vorschlag.

Schleswig-Holstein, schließ an ein Ganzes Dich an!

Nachdem die beiden Herzogthümer durch das Schwert dem Dänen entrissen worden sind, will die Angelegenheit derselben, welche nun schon so lange auf der Tagesordnung der europäischen Politik steht, noch immer nicht den Fortschritt gewinnen, den man wünschen und erwarten darf. Die diplomatischen Federn erscheinen lässig gegen das Schwert, das wie ein Blitz aus der Scheide fuhr und den Knoten zerhieb. Man sollte meinen, daß nach Vollbringung der schweren blutigen Arbeit alles Andere etwas Leichtes sei. Denn wer sonst, als der Sieger hat den Frieden zu dictiren und das Machtwort zu sprechen! Dem scheint in diesem Falle leider nicht so zu sein. Man denke nur an den Notenwechsel zwischen Berlin und Wien, an die Machinationen der Mittel- und Kleinstaaten des deutschen Vaterlandes und endlich an die particularistischen Agitationen in Schleswig-Holstein. Es ist ein wahrer Jammer, daß die Theilhaber dieser Agitation in der That mit Blindheit geschlagen sind. Sie werden freilich nichts erreichen; aber sie verzögern die naturgemäße Lösung der brennenden schwierigen Frage. — Die „Weser-Ztg." enthält eine diesen wunden Punkt betreffende außerordentlich verstandesklare und beherzigenswerthe Correspondenz aus dem südlichen Holstein. Es heißt in derselben: „Die Rendsburger Versammlung vom 26. v. M. hat den Ausgang gehabt, den ihr alle der Verhältnisse Kundigen prophezeiten: sie hat mit einen Scheintriumph unserer „demokratischen Partei" geendigt, die ja bekanntlich den Namen und Vorwurf einer „particularistischen Partei" weit zurückweist und denselben vielmehr allen preußisch Gesonnenen wie ein verächtliches Schmähwort zuschleuderte. Es ist weit gekommen in unserem Lande, das bisher in seinem opferfreudigen Patriotismus stolz sein zu glauben durfte: „wo es die Erhebung Deutschlands zu einer Großmacht gilt, stemmt sich der kurzsichtige Eigensinn einer Bevölkerung entgegen, die doch sicher, wenn nicht der seit vier Jahrhunderten begrabene Ruhm der Schauenburger gelten soll, auf ihre Geschichte stolz zu sein, wenig Grund hat. Jedes Blatt derselben lehrt: „Ihr seid zu schwach zur Selbstständigkeit, zu ohnmächtig, gegen den Andrang einer rachedurstigen, entschlossenen Bevölkerung, zu zerfahren in Euren Interessen und Eigenthümlichkeiten für die Gränzhut Deutschlands, für das Bindeglied der beiden Deutschen Meere, aber so scheint es, an dem Beharrlichkeit getauften Starrsinn soll einer der wirklichen politischen Thätigkeit seit Jahrhunderten entzogenen Bevölkerung, erbittert durch die Einflüsterung der um die Dauerhaftigkeit ihres Connexionsnetzes besorgten Beamtenfamilien-Aristokratie — soll die materielle Wohlfahrt und Erhebung Deutschands, soll der erste und sicher nicht unwichtigste Schritt zur Einheit des Gesammt-Vaterlandes scheitern.

Es ist nur menschlich und verzeihlich, wenn der Erbprinz von Augustenburg Alles an die Erlangung eines neuen Mittelstaatsthrones setzt, denn von einem deutschen Fürsten zu erwarten, daß er sich und sein Wohlergehen nicht für den Mittelpunkt des Universums ansähe, muß jeder Erfahrene längst verlernt haben; es ist nur natürlich und so zu sagen in der Ordnung, daß sich die Dynastien der Mittelstaaten lieber nach einer ehrenvollen Anlehnung an das Ausland umsehen, als eine Machterweiterung Gesammtdeutschlands zugeben — aufrichtig, wir wünschen gar nicht, daß sich in München oder Dresden weniger biederherzige Offenheit in dieser Frage gezeigt hätte; es ist ferner nur ganz selbstverständlich, daß die ultraroyalistische Partei in Preußen, z. B. Herr v. Hengstenberg in seiner „Evangelischen Kirchenzeitung", die Annexion der Herzogthümer als unchristlich angreift — doch davon weiter unten ein Mehreres — aber, daß sich eine starke Fraction der demokratischen Partei in Deutschland dazu gefunden, gegen eine starke Vereinfachung unseres „Reichthums an historischen Bildungen" zu protestiren und ihr Gewicht in die Wagschale zu werfen, das ist unnatürlich und sehr betrübend. Wir würden „empörend" sagen, wenn nicht in den augenblicklichen inneren Zuständen Preußens einige Entschuldigungsgründe für die Verblendung einer Partei lägen, die sich in ihrer Mehrzahl leider stets mehr durch Leidenschaftlichkeit und Willkür als durch Verstandesklarheit und Opferfreudigkeit ausgezeichnet hat. Die Demokratie als Vorfechterin fürstlicher Erbrechte über Land und Leute, wo es eine der wichtigsten Entscheidungen für die Zukunft von ganz Deutschland gilt, in einem Lande, das eben durch fürstliches Erbrecht so Unsägliches gelitten hat und dessen nationale und staatsrechtliche Zukunft eben erst von der Vernichtung mit Strömen von Blut zurückgekauft, abermals unendlichen Gefahren preisgegeben, daliegt, wenn der Verblendung ihr Wille geschieht! Ein Erbrecht, durch unzweifelhafte Facta gehemmt alterirt und beschädigt, und, offen gestanden, moralisch befleckt, wenigstens so lange der Vater des Erbprinzen von Augustenburg noch lebt, von ehrlichen Demokraten vertheidigt! Das gemahnt uns an die gepriesene Reichsverfassung von 1849 mit den ehrfurchtsvoll heilig gehaltenen 30 oder 31 Souveränitäten in dem einigen und starken Vaterlande! Ach, uns Allen haftet die patriotische Phantasie noch an, und wir kämpfen im dichten Morgennebel und der Freund taucht sein Schwert in die Brust des Freundes und freut sich seiner That! Woher soll ein staatloses Volk denn auch den Scharfblick gesunderer Nationen nehmen, die selbst in ihrer Unfreiheit ein reales Dasein führten, anstatt wie wir über glorreichen Erinnerungen und stolzen Hoffnungen das keck Zugreifen in der Gegenwart zu vergessen! Ist Hamlet unsterblich in Deutschland?

Aber wir vergessen, daß nicht nur die phantastischen Ritter und die sehr prosaischen Soldknechte einer verschollenen Legitimität diesem ersten Schritte zur größeren Concentration unseres zerschmetterten Vaterlandes sich entgegenstemmen — denn das Gerede von dem „heiligen Recht" ist doch eigentlich nur für die Bauern, denen man im Nothfall sogar mit den Höllenstrafen droht, doch davon weiter unten — sondern daß auch das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes gegen diese einzige wirkliche Lösung einer sehr verwirrten Frage in Schlachtordnung aufgeführt wird. Offen gestanden, wir glauben nicht, daß auf diesem Wege jemals eine Einigung Deutschlands zu erzielen sein wird, da unsere socialen Verhältnisse den Stimmen-

handel romanischer Völker hoffentlich immer verbieten würden, eine große Menge aber stets durch Gewalt leichter als durch Vernunft zu überzeugen sein wird. Doch dem sei, wie ihm wolle! Wir würden der Letzte sein, eine Theorie der Gewaltsamkeit gegen Schleswig-Holstein zu empfehlen, wenn es sich um die Vernichtung einer bestehenden, rechtlich sanctionirten staatlichen Existenz handelte. Aber wo erst etwas Neues aus dem Chaos zu schaffen ist, da hat auch die materielle Uebermacht der Macht sich geltend zu machen, von allen Gründen, die sonst für Preußen sprechen, gänzlich abstrahirt. Die dänische Monarchie bestand zu Recht nach allen Grundsätzen einer gesunden Politik, welche die Existenz eines staatlichen Organismus über das Erbrecht einer einzelnen Persönlichkeit stellen und nur kraft des Nationalitätsprincipes ward sie zertrümmert, und nicht von Schleswig-Holstein, sondern von Deutschland aus. Das eben ist das Wunderbare des Erfolges, den unser so lange siegloses Gesammtvaterland errungen hat, daß sich das Nationalgefühl kräftig genug erwies, auch gegen den Willen der deutschen Großmächte, um sie zu einer Lösung zu treiben, die wenigstens einer unter ihnen auf das Aeußerste verhaßt sein mußte. Der deutschen Nation gegenüber und im Widerspruch mit deren Wohlfahrt und Interesse hat Schleswig-Holstein weder ein Staatsrecht noch ein Volksrecht, denn beide waren verloren gegangen. Daß sie verloren gehen konnten, beweist, daß ein kleiner Staat an dem vielleicht wichtigsten Punkte von Nordeuropa eine Unmöglichkeit war und ist, daß derselbe wieder, wie vor zwei Jahrhunderten zum willenlosen Spielball der Politik gemacht, endlich verblutet dem momentan Mächtigsten zufallen würde. Dänemark war nicht stark genug, dieses Kleinod materiellen Reichthums festzuhalten und erwies sich unfähig, die mangelnde Macht durch Weisheit auszugleichen, aber eben die Katastrophe der dänischen Monarchie beweist noch zum Ueberfluß, daß verschiedene Nationalitäten, zu welchen die Dänen in Nordschleswig doch auch zu rechnen sein werden, von einem kleinen Staate heutzutage nicht mehr festgehalten werden können. Sogar die selbsterrungene Freiheit hätte unserem Lande noch kaum das Recht gegeben, allein und endgültig über sein Geschick zu entscheiden, Deutschland, das das entfremdete Kind von dem nationalen Untergange gerettet hat, darf jetzt wohl das Recht in Anspruch nehmen, demselben zu verbieten, sich abermals mit trotziger Selbstgenügsamkeit drohenden Gefahren auszusetzen. Und das glaube doch Keiner, daß unsere Jugend, von deren Tapferkeit wir sehr hoch denken, allein Schleswig den Dänen entrissen hätte. Die Sieger von Kolding und Eckernförde sind ein kriegerisches Geschlecht, wohl geführt, dem besten Militair gleich, aber mit Freischaaren hat noch Niemand Schanzen eingenommen. Oder hätte Europa warten, und einen zündenden Hader weiterbrennen lassen, hätte Preußen und Oesterreich unsere schwierige Frage allen Wechselfällen der Intrigue aussetzen sollen, damit unsere Jugend, endlich organisirt und ausgerüstet, aber schlachtenunkundig, ihr Blut vielleicht vergebens vor dem Dannewerke vergossen hätte? Um „den Siegern von Idstedt" abermals Gelegenheit zum Hohne über die holsteinische Tapferkeit zu geben? Dergleichen sich zurechtlegen, heißt doch wahrlich Phantasiepolitik treiben.

Landtag.

Haus der Abgeordneten.

20. Sitzung am 14. März.

(Schluß.)

Abg. v. Gottberg: Man bringt mit dem Generalbericht einen Gegenstand in das Haus, der das Ansehen Preußens im Auslande gerade nicht heben kann. Bei den großen Erfolgen die unsere auswärtige Politik errungen hat, wäre Schweigen mehr am Platze gewesen. An sich scheuen wir ein gründliches Eingehen auf unsere Finanzlage durchaus nicht und auch die conservative Partei wünscht die Vertheilung der Steuerlast nach der Prästationsfähigkeit der einzelnen Klassen. Indessen unsere Ansichten über die Finanzreform gehen natürlich weit von denen der Budget-Commission und der Majorität dieses Hauses ab. Der preußische Militär-Etat war immer groß, und ihn zu vermindern ist jetzt gewiß nicht an der Zeit. Man wird unmöglich im Ernst behaupten wollen, daß bei den hohen Ausgaben für die Armee die anderen Verwaltungszweige leiden. Unsere Partei hat gar nichts dagegen, wenn die Gehälter der Subalternen erhöht werden. (Der Minister des Innern ist in das Haus getreten.) Wir brachten ferner schon in der vorigen Session einen Antrag ein, der die Regierung auffordern sollte, auf den Etat pro 1865 eine Erhöhung des Soldes der Unteroffiziere und Gemeinen zu bringen. Ein Leichtes ist es, wenn man dem Volke sagt, es zahle zu viel Steuern, es fragt sich nur, wie man eine Ermäßigung in's Werk setzen soll. Die Majorität dieses Hauses sucht sich auf Kosten der Staatsregierung und der konservativen Partei durch die Steuermäßigung populär zu machen. Ich wundere mich, wie gerade die liberale Partei jetzt plötzlich gegen die Haus- und Gebäudesteuer spricht. Die Conservativen thaten das schon längst, Sie sprechen uns unsere Bedenken jetzt nur nach. Wir brachten aber die Militärreorganisation mit derselben in Verbindung und darum nahmen wir sie hin. Redner wird wiederholt vom Präsidenten zur Sache gerufen und behält sich das Weitere für die Spezial-Diskussion vor.

Abg. Schulze (Berlin): Ich muß mich höchlichst wundern, wenn der Herr Vorredner uns den Vorwurf macht, daß wir, die Majorität des Hauses, suchen, uns auf Kosten des Ministeriums und der konservativen Partei populär zu machen; ich muß mich wundern, daß gerade diese Partei es wagt, diesen Vorwurf gegen uns zu erheben, welche stets nur darum mit den materiellen Nachtheilen droht, um sich materielle Vortheile zu sichern, um sie für sich zu erreichen.

Abg. Frhr. v. Vincke-Olbendorf: Ich halte die Untersuchung der finanziellen Lage des Staates wohl für zweckmäßig, aber in diesem Augenblicke nicht für opportun, weil sie den Weg der Verständigung mit dem Ministerium immer mehr erschwert. Von den Steuerüberbürdungen, von denen der Bericht spricht, habe ich allerdings bisher nichts bemerkt, habe auch keine Klage der Betheiligten darüber gehört. Redner weist in längerer Rede und durch Zahlen den momentanen Stand der Steuern gegen den der früheren Jahre nach und wendet sich dann schließlich an das Ministerium. Die Staatsregierung wird einsehen, daß ihre Lage allerdings gegenwärtig eine schwierige ist, und ich spreche die Hoffnung aus, daß dieselbe nach allen Seiten dahin wirken wird, eine Einigung mit der Landesvertretung in diesem verhängnißvollen Augenblicke zu Stande zu bringen.

Abg. Frhr. v. Gablenz spricht in längerem, durch vielfache Zahlencitate belegtem Vortrag gegen die Ansicht der Commission, daß die Steuerzahler mit Abgaben überbürdet seien und daß die Finanzlage des Staates durch Erhöhung der Staatsschulden bedenklich sei. Die Steuerzahler seien viel weniger belastet und die Staatsschulden viel geringer als in den übrigen größeren Staaten Europas. Er hält es für bedenklich in einem so bedeutungsvollen Moment, wie dem gegenwärtigen, wo andere deutsche Länder zu uns vielleicht in ein näheres Verhältniß treten wollen, den bestehenden Conflict zu schärfen.

Abg. Virchow hat den Antrag gestellt: die Staats-Regierung aufzufordern, schon jetzt Abänderungsvorschläge zum Etat im Sinne des Berichts zu machen. Er bezieht sich auf Seite 82 I., II. und III. des Commissionsberichtes, welche erklären: I. „In dem vorgelegten Staatshaushalts-Etat ist eine richtige Vertheilung der Staatsausgaben nicht zu verkennen"; II. „der Militair-Etat bedarf einer wesentlichen Umgestaltung und Ermäßigung"; III. „für productive Zwecke, Strom-Regulirungen, Wegebauten, Landesmeliorationen, für Unterricht und Wissenschaft, desgleichen für Verbesserung der Gehälter der Lehrer, der Subaltern und Unterbeamten, wie auch des Soldes der Unteroffiziere und Gemeinen in der Armee sind größere Summen als bisher zu verwenden.

Abg. Reichensperger: Ich kann die Ansichten der Commission und des Hrn. Referenten durchaus nicht theilen, sowohl in Betreff der Verpflichtungen der Regierung bezüglich der Ausgaben als auch in Betreff der angeblichen Steuerüberbürdung der Steuerzahler. Die finanzielle Lage des Staates ist allerdings so gut, daß die Staatsregierung sich selbst, obgleich der Conflikt mit dem Abgeordnetenhause besteht, oder vielmehr, weil derselbe besteht, die Frage vorlegen müßte, ob nicht eine Steuerermäßigung eintreten solle. Eine solche Ermäßigung könnte namentlich in Betreff der Einkommensteuer eintreten und ein Wegfall der Mahl- und Schlachtsteuer würde auch thunlich sein. Das einzige Mittel um aus dem Conflikt herauszukommen ist das: wenn die Regierung das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses anerkennt. Alle übrigen Wege werden nicht zum Ziele führen.

Abg. Dr. Möller: Die englischen Zustände können nicht immer auf uns angewendet werden, denn die englische staatliche Entwickelung ist eine andere als die unsere. Die Erklärung des Vorredners aber, daß Recht auf der Kraft beruhe, ist mir neu; ich habe immer geglaubt, daß das Recht auf Verträge beruhe. Der Abg. v. Gottberg wundert sich, daß wir der Ansicht sind, daß das Ministerium das Vertrauen im Lande nicht habe. Ja das ist der Fall, obgleich kein Volk vertrauensvoller und geduldiger sein kann, als das preußische. Auf die Weise, wie Herr v. Gottberg es will — durch direkte Unterwerfung unter die Regierung — kann der Konflikt nicht zu Ende gebracht werden, und sollten wir ihn auch auf die kommende Generation übertragen. Die gegenwärtige Behandlung des Budgets ist ein letzter Versuch, um den Conflikt nach Möglichkeit zu Ende zu bringen, um der Regierung eine Veranlassung zu bieten, auch ihrerseits dem Lande entgegen zu kommen. Läßt sie diesen Augenblick unbenutzt vorübergehen, so wird auch der einfachste Bürger dann erkennen können, daß es der Regierung nicht darauf ankommt, den Conflikt zu beendigen und dem Recht seinen Platz wieder einzuräumen, sondern daß es ihr nur darauf ankommt, ihren Ansichten Geltung zu verschaffen, und daß sie die verfassungsmäßigen Rechte nicht achten will.

Abg. Osterrath: Auch ich kann mich den Ansichten der Commission nicht in allen Punkten anschließen. Derselbe bietet recht schätzbares, statistisches Material, gewährt aber keinen Ueberblick und keinen rechten Einblick in die Zustände unseres Staates. Redner wendet sich namentlich gegen die Vorwürfe, welche der Verwaltung und der Oberrechnungskammer gemacht werden.

Abg. Waldeck: Wenn ein guter Hausvater weiß daß seine Einnahmen ihm regelmäßig zugehen, so muß er zuerst die Ausgaben, welche er zu machen beabsichtigt, überschlagen. In dieser Weise ist auch der vorliegende Bericht abgefaßt. Er ist so zu sagen, die Ouvertüre zu dem Bericht über den Staatshaushaltsetat. Er weist nach, daß die Ausgaben sich in dem bevorstehenden Jahre anders gestalten werden, als das Ministerium es veranlagt. Der Vorbericht ist die erste Brücke der Verständigung. Trotzdem der Referent über das Budget pro 1864, Abg. Michaelis, am 16. Januar des vorigen Jahres erklärte, daß keine Ausgaben neu geleistet werden könnten, welche das Haus nicht genehmigt, weil das Jahr noch vor uns war, trotzdem hat das Ministerium dennoch die nicht bewilligten Ausgaben geleistet. Das ist ein trauriges Ereigniß und verletzt unser verfassungsmäßiges Recht auf's Empfindlichste. Die Hauptausgabe, welche die ganze Zwistigkeit hervorgerufen, ist der Militäretat, und wenn der Antrag Wagner behauptet, daß die Reorganisation zur Machtstellung Preußens nothwendig ist, so ist das eine willkürliche Voraussetzung. Die Macht Preußens war größer, als seine Armee kleiner war. Und wenn Herr Wagner auf die Herzogthümer hinweist, so sage ich allerdings, daß jene Lande für Preußen nothwendig sind, aber wenn Sie dieselben für sich haben wollen, so dürfen Sie nicht mit einer so großen Militärmacht kommen, dann müssen Sie nicht die altpreußische Justiz durch neupreußische Justiz ersetzen wollen. Wenn Preußen an die Spitze Deutschlands treten soll, dann muß es durch und durch reformirt werden. Mitten im Frieden muß das Budget balanciren und nicht Steuern übermäßig erhoben werden, damit das Land nicht frühzeitig abgeschwächt werde und für den Fall eines Krieges stark sei.

Abg. Wagner (Neustettin): Wir glauben allerdings, daß die Reorganisation aus Rücksicht auf die Machtstellung Preußens nothwendig ist, und wir sprechen damit die Ansicht aus, daß die Landesvertretung nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat, die Armee Preußens in dieser Stärke, den Militäretat in dieser Ausdehnung aufrecht zu erhalten. In England hat man es ausgesprochen, daß ein Beschluß, wie sie ihn fassen wollen, die Verfassung untergrabe. Ich will mich aber speziell auf diejenigen Punkte in meiner Ausführung beschränken, welche der Herr Referent in seinem einleitenden Referate hervorgehoben. Die Regierung, so scheint es mir, wird noch lange nicht in die Lage kommen, von Ihnen eine Bewilligung von weiteren Einnahmen zu verlangen. Aber es scheint mir auch, daß Sie selbst befürchten, in dem Conflikt mit der Regierung nicht mehr als Sieger hervorzugehen, und daß Sie deßhalb einen neuen Weg einschlagen. Die Position der Regierung Ihnen gegenüber ist eine sehr günstige, und die neuesten Ereignisse — ich erinnere nur an den Michaelis'schen Antrag und seine Behandlung durch die Majorität des Hauses — beweisen zur Evidenz, daß Sie selbst die Ueberlegenheit der Regierung einräumen. Sie sagen, das Budgetrecht ist verkümmert und ich sage Ihnen: ja, es ist verkümmert; aber durch Ihre eigene Schuld; weil sie mehr begehrten, als Sie zu verlangen berechtigt sind. Ihr Hauptfehler ist der: Sie sehen nichts anders als ihre Theorien und Sie übersehen die Thatsachen. Sie pochen auf Ihr Recht und vergessen dabei, daß Sie in einem Conflikt stecken. Die Regieruug hätte sich der größten Pflichtverletzung schuldig gemacht, wenn sie Ihre Beschlüsse und Resolutionen beachtet hätte. Sie sehen auf Englands Budgetrecht, wo die Krone und die Lords wenig Recht haben. In Preußen liegen aber die Dinge anders, wovon Sie sich hinlänglich überzeugt haben. Die Regierung hat Krieg geführt ohne Ihre Genehmigung; vergessen Sie nicht, daß das heute auch noch in England möglich ist, wo die Minister sich dann auf die Prärogative der Krone beziehen. Ist ein Recht streitig, so wird der Conflikt entweder durch Compromisse, oder dadurch, daß die eine Partei die andere besiegt und ein neues Recht herstellt, erledigt. Die Reorganisation muß in Preußen bestehen bleiben, seine Verhältnisse erfordern es gebieterisch. Zur Eroberung Schleswig-Holsteins hätten zwei preußische Divisionen hingereicht, aber die Stellung Preußens zu den Großmächten ist es, welche eine erhöhte Militärmacht fordert. Vor den Schreckgespenstern des Herrn Möller fürchten wir uns nicht mehr, denn wenn es so weit kommen wird, dann werden Sie nicht mehr die Subjecte sondern die Objecte sein. Unsere Verfassung wird erst dann zur Wahrheit werden, wenn es wahr wird, daß in Preußen der König regiert.

Abg. Virchow: Wenn die Regierung nach der Ansicht Wagner's auch Alles hat, so hat doch noch Niemand zu behaupten gewagt, daß sie Recht hat (Heiterkeit) und das Recht ist es eben, was nicht hoch genug veranschlagt werden kann. Sie sagen, das Land soll sich unterwerfen unter die Thatsachen und die Gewalt. Mit solcher Forderung vernichten Sie sich selbst, wir aber bleiben auf unserm Standpunkte stehen. Das Budgetrecht anlangend, so hat die Krone selbst bei Gründung des Herrenhauses anerkannt, daß dieses Haus bei Feststellung des Etats das Vorrecht hat. Der Generalbericht ist das Product von Studien seit dem Jahre 1850. Die Erfahrungen der letzten Jahre in Betreff der Oberrechnungskammer machen es nothwendig, daß in dieser Beziehung eine Aenderung eintreten und daß das längst verheißene Gesetz unbedingt erlassen werden muß; denn die Finanzlage des Staats ist bedroht. Der Bericht der Budget-Commission spricht sich in dieser Beziehung noch sehr schonend aus. Der Zustand, in den uns das Ministerium drängen will, ist kein Absolutismus, sondern Ministerialismus, bei dem der König unter dem Einfluß des „Hausmayor" steht, wie bei den fränkischen Königen. Das Ministerium glaubt, daß die Steuerkraft des Landes sich aus sich selbst gehoben habe, es ist aber wünschenswerth, daß es zu der Ueberzeugung komme, daß die Hebung der Steuerkraft nur eine Folge des Steuerdrucks ist. Der innere Krieg zwischen dem Kriegsminister und den übrigen Ministern hat schon bestanden, als noch an eine Landesvertretung nicht zu denken war; immer aber ist der Kriegsminister als Sieger aus diesem Kriege hervorgegangen. Wenn Herr Wagner uns sagt, es werde die Zeit kommen, wo wir bei einer großen Volksbewegung nicht mehr die Subjecte, sondern die Objecte sind, so erwidere ich darauf, daß mir die Kokettierie, die jene Partei jetzt mit den Arbeitern treibt, nichts anders zu bedeuten scheint, als ihre vollständige Niederlage. Wenn derselbe Redner auf

die Prärogative der Krone in England verweist, so mache ich ihn darauf aufmerksam, daß jener Krieg nicht von der englischen, sondern von der englisch-indischen Regierung und aus den Mitteln dieser Colonie-Regierung geführt wurde. Was der Abg. Wagner von der Annexion gesagt, lasse ich unbeachtet, denn die Trauben sind sauer, und ich war nie ein Freund der Annexion. Der Weg, der einzig und allein zum Ziele führt, ist der gerade Weg des Rechts.

Vom Abg. Meibauer ist der Antrag auf Vertagung gestellt, derselbe wird angenommen. Es folgen einige persönliche Bemerkungen. Dann wird die Sitzung auf morgen 10 Uhr vertagt.

21. Sitzung. Mittwoch am 15. März.

In der heutigen Sitzung, welcher die Minister v. Bodelschwingh, v. Roon, Graf Eulenburg und v. Selchow beiwohnten, wurde die Debatte über den Generalbericht der Budget-Kommission über den Staatshaushalts-Etat pro 1865 fortgesetzt. Es sprachen die Abgeordneten v. Mitschke-Collande, Dr. Faucher und v. Benda, der Regierungs-Kommissar Geh. Ober-Finanz-Rath Mölle und die Referenten Michaelis, v. Hoverbeck und Twesten. Dann wurde die General-Diskussion geschlossen und das Haus tritt in die Spezial-Diskussion.

(Näheres im nächsten Blatte.)

Berlin, 15. März.

— Die „Provinzial-Correspondenz" schreibt: Die österreichische Regierung hat die preußischen Vorschläge einfach abgelehnt. Die in der letzten preußischen Depesche aufgestellten Forderungen bleiben unerläßliche und sind das mindeste Maß dessen, was Preußen beanspruchen muß. Das preußische Volk und das Volk der Herzogthümer dürfen fest vertrauen, daß die preußische Regierung das im Interesse der Nation als nothwendig Erkannte mit Kraft und Entschiedenheit durchzuführen wissen wird.

Warschau, 10. März. Nächstens wird eine Musterung der hiesigen, sowie auch der in der Provinz vertheilten Truppen stattfinden. Wie es heißt, schreibt man der „Pos. Ztg.", sollen zu dem in Aussicht stehenden Frühjahrs-Manöver auch fremde Gäste hier eintreffen. Ob der Kaiser selbst hierherkommen werde, ist noch nicht bestimmt. — Seit etwa 14 Tagen sieht man auf dem Warschau-Thorner Bahnhofe fortwährend Leute, welche auf's Gerathewohl hier einwanderten, wieder zurück in die Heimath gehen. Sie gehören meist dem kleinen Handwerkerstande an und gehen größtentheils ärmer zurück, als sie ankamen. Möchten doch die deutschen Blätter sich mehr der Sache annehmen und den Warnungen und Rathschlägen, die wir hier mehrfach schon im Interesse der auswanderungslustigen Handwerker und Arbeiter gegeben, ihre Spalten öffnen.

London, 10. März. Die allgemeine Schließung der Eisenwerke in Süd-Staffordshire hat dort schon nach einer von der Polizei angestellten Berechnung 42,000 Menschen außer Arbeit gesetzt: eine Zahl, die noch im bedenklichen Maße anwachsen wird, da die Fabrikanten, welche gleichzeitig Besitzer von Erz- und Kohlenminen sind, nun auch ihre Bergwerksarbeiter zu entlassen beginnen. Die Hochöfen, welche einstweilen noch Roheisen produciren, werden gleichfalls im Laufe der nächsten Woche still gelegt werden. Niemand scheint eine Idee davon zu haben, wann die Puddler sich zur Annahme der herabgesetzten Löhne bequemen werden. Es waren die Puddler von Nord-Staffordshire, welche die Opposition gegen die im Verhältnisse zu dem Falle der Eisenpreise von den Fabrikbesitzern für nöthig erachtete Reduction des Lohnes um einen Schilling, von $10\frac{1}{2}$ auf 9 £ per Tonne begannen, worauf die Hüttenbesitzer beider Districte, deren Beispiel nach einem gestern in Newcastle gefaßten Beschlusse jetzt auch von den Hüttenbesitzern im übrigen Norden Englands befolgt werden wird, in corpore gegen die Arbeiter auftraten. In Süd-Staffordshire, welches wegen der größeren Zahl seiner Eisenwerke von der Arbeitseinstellung viel härter zu leiden haben wird, scheint die Majorität der Arbeiter die in Nord-Staffordshire gemachte Opposition nicht zu billigen, deren Folgen die arbeitende Classe auch der übrigen Eisendistricte mit gleicher Härte treffen.

Locales und Provinzielles.

Danzig, den 16. März.

— Nachdem die Volkszählung pro 1864 definitiv abgeschlossen ist, hat sich herausgestellt, daß in der Stadt Danzig und deren Vorstädten die Civil-Bevölkerung 78,119 und die Militair-Bevölkerung 7,196, zusammen 85,315 Köpfe zählt.

— Der Minister der geistlichen 2c. Angelegenheiten hat sogleich nach erlangter näherer Kenntniß von dem epidemischen Auftreten der Krankheit, welche in einer entzündlichen Affektion der Hirnhäute und der Hüllen des Rückenmarkes besteht, den Professor Dr. Hirsch (früher practischer Arzt hierselbst), einen Mann, der vorzugsweise seinen Leistungen in der Erforschung des Wesens der Epidemien seinen wissenschaftlichen Ruf verdankt, in die Gegend von Elbing 2c. entsendet, um die Krankheit in wissenschaftlicher Beziehung zu studiren und die in curativer Beziehung etwa nothwendig erscheinenden Maßnahmen im Einvernehmen mit dem Präsidenten und dem Medicinalrath der Regierung zu Danzig zu treffen.

** Das Concert der Frau Tuczeck-Herrnburg hatte vorgestern Abend die Räume des Apollo-Saales mit einem sehr zahlreichen und eleganten Publikum gefüllt. Die einst so gefeierte Opern-Sängerin hatte bei ihrem Gastspiele im hiesigen Stadt-Theater sich so lebhafte Sympathien bei den hiesigen Gesangsfreunden erworben, daß diese noch nach Jahren nicht erkaltet waren. Beim Betreten der Estrade mit lebhaftesten Acclamationen begrüßt, sang die Künstlerin zuerst eine Arie von Händel. Später folgten Schumaun's wunderbar schöne Lieder „Frauenliebe und Leben". Die Composition durchweht eine so tiefe Sinnigkeit und Empfindung, wie sie eben Schumann's Compositionen eigen sind. Diese Nummer müssen wir denn auch als die Perle des Abends bezeichnen, denn dem meisterhaften Vortrage wußte die Künstlerin die Weihe der Anmuth, der tiefsten Empfindung und der vollen Wahrheit zu verleihen. Die Stimme hat nur wenig an Fülle und Glanz verloren und diesen geringen Verlust ersetzt vollständig eine so siegreiche Technik, wie sie eben nur von Wenigen erreicht wird. Sollte Frau Tuczeck-Herrnburg hier ein zweites Concert veranstalten, was wir im Interesse der hiesigen Musikfreunde wünschen, so glauben wir deren Wunsch Ausdruck zu geben, wenn wir um Wiederholung der Schumannschen Lieder bitten. Außer diesen trug die geehrte Concertgeberin noch ein „lithauisches Lied" von Chopin, sowie „trockene Blumen" und „Erlkönig" von Schubert vor. Es versteht sich von selbst, daß allen ihren Vorträgen die lebhaftesten Beweise der höchsten Befriedigung und der innigsten Verehrung folgten. Die Vorträge wurden durch die anerkannt treffliche Begleitung des Herrn Musik-Directors Markull wesentlich unterstützt, der in freundlichster Weise die nöthigen Arrangements zu dem Concerte getroffen hatte und auch außer dieser Begleitung noch die Begleitung zweier Violoncellopieçen, welche von Herrn Concertmeister Schapler mit großer Virtuosität vorgetragen wurden, spielte. Um nun aber auch noch dem ausgezeichneten Concertflügel allein Geltung zu verschaffen, trug Herr Markull mit der von ihm bekannten Meisterschaft ein „Impromptü" für Pianoforte von F. Schubert vor, das sich einer gleich lebhaften Theilnahme des Publikums zu erfreuen hatte.

** Den Beschluß der musikalischen Genüsse, an denen die laufende Woche so reich ist, wird ein geistliches Concert bilden, welches Herr Musik-Director Markull am nächsten Sonnabend in der Ober-Pfarrkirche zu St. Marien geben wird und auf welches wir schon vor einigen Tagen aufmerksam machten. Das aus 13 Nummern bestehende Programm ist nun erschienen und nennen wir unter den Kräften, die ihre Mitwirkung zugesagt haben, die Königl. Kammersängerin Frau Tuczeck-Herrnburg, unsere Opernprimadonna, Frl. Schneider, den Herrn Direktor E. Fischer, Herrn J. Mäcklenburg, so wie den Instrumental-Musik-Verein. Die Chöre werden vom Gymnasialchor ausgeführt. Den ersten Theil bilden nach einem einleitenden Orgelpräludium J. S. Bach's Choral: „Wie schön leuchtet der Morgenstern" (gemischter Chor), dann Arie aus Hendels „Messias" (Frl. Schneider.) „Concertphantasie" für Orgel von Thomas (Herr Mäcklenburg), „Ave Maria" von Cherubini (Frau Tuczeck-Herrnburg). Duett aus Mendelssohn's „Elias" (Frl. Schneider, Herr E. Fischer.) Meditation über ein Bach'sches Präludium von Gounod, für Orgel und Orchester. Der zweite Theil des Concertes besteht aus Chor „Ehre sei dem Vater" von B. A. Weber, Recitativ und Arie aus der „Schöpfung" von Haydn (Herr E. Fischer.) Phantasie über den Choral: „Christus der ist mein Leben" von Markull (der Componist). Arie aus der „Schöpfung: Nun baut die Flur" (Frau Tuczeck-Herrnburg). Psalm 23, für Männerstimmen von B. Klein. Arie aus Graun's „Tod Jesu" (Frl. Schneider) und freies Nachspiel für die Orgel vom Herrn Concertgeber. Ein so reichhaltiges Programm wird gewiß eine große Anziehungskraft ausüben und ein möglichst zahlreicher Besuch dem Herrn Concertgeber die große Mühe lohnen, die ihm die Vorbereitungen zu dem Concerte verursacht hat.

⁑ Ein hiesiger Gensd'arm hat heute Vormittags 2 Frauen mit circa $\frac{3}{4}$ Ctr. defraudirtem Mehl beschlagen. Die Defraudanten hatten das Mehl in Holzkiepen verpackt und zum Zwecke der Täuschung auf das Mehl eine Menge Holzstücke geladen.

⁑ Der Kastellan der Johannisschule hat am 10. d. Mts. Abends ein Stückfaß mit Essig, von etwa 2 Tonnen Inhalt, auf dem Beischlag der Johannisschule gefunden. Ein Eigenthümer hat sich bis jetzt nicht gemeldet.

⁑ Das Dienstmädchen Rosine Felgenhauer, welche sich seit gestern in Haft befindet, hat sich während ihrer Dienste im hiesigen Orte, eine ziemlich vollständig eingerichtete kleine Wirthschaft zusammen gestohlen und fehlt es namentlich nicht an Leinenzeug. Anscheinend hat sie die Sachen zum Zwecke ihrer Ausstattung entwendet und dabei auch ihren zukünftigen Ehegatten bedacht, indem sich unter den gestohlenen Sachen eine silberne Cylinderuhr mit Goldran dbefindet.

⁑ Zu unserer gestern gebrachten vorläufigen Nachricht über den in der Neustädter Gegend vorgekommenen Raubmord, theilen wir noch mit, daß nach zuverlässiger Nachricht der Raub vorgestern Abends 10 Uhr auf der Straße zwischen Krockow und Neustadt an den Handelsmann Sommerfeld verübt und dem Letzteren, nachdem ihm eine schwere Körperverletzung zugefügt worden, 50 Thlr. baar, 1 Sack mit mehreren Stücken Bernstein und einige Kleidungsstücke gewaltsam abgenommen worden sind. Der Räuber ist gestern Abends in der Person des Arbeiters Scheewe ermittelt, in Zoppot verhaftet und bei demselben der größte Theil des geraubten Geldes vorgefunden worden. Für die Festnahme des Verbrechers hat die noch nicht lange bestehende Telegraphenleitung zwischen Danzig und Neustadt wesentliche Dienste geleistet.

⁑ Nach einer Benachrichtigung der Polizei-Verwaltung zu Quedlinburg sind aus der dortigen Sakristei der St. Blasii-Kirche am 12. d. Mts., vermittelst Einbruchs 29 Stück $3\frac{1}{2}$ pCt. Staats-Schuldscheine zum Gesammtwerth von 5000 Thlrn. entwendet.

— Die Kgl. Ostbahn befördert vom 5. März ab „lebende Fische", wenn solche in Quantitäten von 45 Centnern aufgegeben werden, oder wenn bei Aufgabe von kleinern Quantitäten dieses Minimal-Gewicht der Berechnung zu Grunde gelegt wird, als gewöhnliche Fracht mit den Personenzügen zu dem einfachen Tariffsatz der Normalklasse.

— Wie die „K. H. Z." mittheilt, hat das ganze Dorf Florkehmen mit alleiniger Ausnahme des Lehrers die Gebäudesteuer verweigert.

Pelplin, 13. März. Eine statistische Uebersicht über die Verhältnisse des Bisthums Culm ergiebt für den Verlauf vorigen Jahres Folgendes: Die Gesammtzahl der Diözesanen überhaupt betrug 497,126 Seelen; darunter 335 Welt- und 23 Ordenspriester, 61 Mitglieder weiblicher Orden. Gestorben sind 9 Priester, neu ordinirt wurden 14. Das Bisthum zählt 237 Pfarrkirchen, 102 Filialkirchen, 2 Missionsstationen. Drei neue Pfarrsysteme wurden gegründet. In den Schooß der katholischen Kirche wurden im Laufe des vorigen Jahres aufgenommen 213 Personen. Im hiesigen Priester-Seminar befinden sich überhaupt 59 Cleriker, und das Progymnasium zählt 158 Zöglinge. Als Peterspfennige sind im vergangenen Jahre überhaupt 2062 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf. eingekommen, für das heil. Grab in Jerusalem 600 Thlr.

Flatow, 12. März. Im Laufe der vergangenen Woche hat sich ein hiesiger Beamter — Büreauvorsteher — heimlich aus dem Staube gemacht. Als Grund des Davonlaufens dürften seine durch Hazardiren zerrütteten Vermögensumstände gelten. Ob auch Kassendefekte vorliegen, weiß man noch nicht, weil derselbe die Hauptschlüssel mitgenommen hat und die Revisionscommission aus Marienwerder noch nicht eingetroffen ist.

— Aus Thorn ist die Meldung eingegangen, daß ein Gensdarm bei Vornahme einer Verhaftung von einem Dritten erschossen worden ist. Der Thäter ist in einen Wald entsprungen, ein anscheinend Mitschuldiger festgenommen.

Meteorologische Beobachtungen.

15	4	339,07	+ 2,4	ONO. flau, klar.
16	8	339,26	— 1,1	NW. do. bewölkt.
	12	339,29	+ 3,3	Nördl. do. do.

Course zu Danzig am 16. März.

	Brief	Geld	gem.
London 3 M. . . . . tlr.	$6.22\frac{3}{4}$	—	—
Staats-Schuldscheine	$91\frac{3}{4}$	—	—
Westpr. Pf.-Br. $3\frac{1}{2}$%	85	—	—
do. 4%	$94\frac{3}{4}$	—	—
do. $4\frac{1}{2}$%	$100\frac{3}{4}$	—	—

Börsen-Verkäufe zu Danzig am 16. März.

Weizen, 200 Last, 132.33pfd. fl. $417\frac{1}{2}$; 131pfd. fl. 370, 380, 400; 129pfd. roth fl. 370; 125pfd. fl. 365; 123pfd. fl. 350, Alles pr. 85pfd.

Roggen, 122pfd. fl. 222; 125pfd. fl. $226\frac{1}{2}$ pr. $81\frac{5}{6}$pfd.

Bahnpreise zu Danzig am 16. März.

Weizen 120—130pfd. bunt 53—64 Sgr.
120—132pfd. hellb. 55—69 Sgr. pr. 85pfd. Z.-G.
Roggen 120—131pfd. $35\frac{1}{2}$/36—40 Sgr. pr. $81\frac{5}{6}$pfd. Z.-G.
Erbsen weiße Koch- 48—51 Sgr. } pr. 90pfd. Z.-G.
do. Futter- 42—47 Sgr. }
Gerste kleine 106—114pfd. 27—33 Sgr.
große 112—120pfd. 31—35/36 Sgr.
Hafer 70—80pfd. 22—25/26 Sgr.
Spiritus $13\frac{1}{2}$ Thlr.

Angekommene Fremde.

Englisches Haus:
Pr.-Lieut. u. Rittergutsbes. Steffens a. Kleschkau. Rittergutsbes. v. Kublicki-Piottuch a. Schwetz. Gutsbes. Steffens a. Johannesthal. Die Kaufl. Hünninghaus a. Bremen, Meschelsohn a. Berlin u. Lebegott a. Leipzig. Sanitätsrath Dr. Preuß a. Dirschau.

Hotel de Berlin:
Die Kaufl. Skirt a. Freiberg in S., Fischer aus Apolda, Zobel u. Kuntze a. Berlin.

Walter's Hotel:
Rittergutsbes. Fließbach a. Chotschowken. Apotheker Behrend a. Schönbaum. Die Kaufl. Schwarz u. Winkelhausen a. Pr. Stargardt u. Kuhne a. Heidelberg.

Hotel zum Kronprinzen:
Die Kaufl. Krüger a. Elbing, Josephsohn aus Hamburg, Friedmann a. Berlin u. Busse u. Sohn aus Bromberg.

Schmelzer's Hotel zu den drei Mohren:
Die Kaufl. Liep a. Bremen, Jacobi a. Neuteich u. Neuenborn a. Magdeburg. Rentier Hildebrandt aus St. Petersburg. Oekonom Rebinger a. Wolla.

Hotel de Thorn:
Die Kaufl. Gumm u. Bauch a. Danzig, Metzner a. Marienwerder, Rosenthal a. Leipzig und Behr aus München. Pr.-Lieut. Maschke a. Charlottenburg. Rittergutsbes. v. Lövenstedt a. Berlin. Gutsbes. Kellermann a. Bromberg.

Deutsches Haus:
Gutsbes. Raschke a. Mucha. Die Kaufl. Sternfeld a. Königsberg und Baum a. Conitz. Commis Wenzel a. Schlawe.

Bekanntmachung.

Die durch Versetzung ihrer bisherigen Inhaberin sich erledigende Stelle einer Lehrerin an der evangelischen Schule zu Ohra, welche außer freier Wohnung und Feuerung ein Jahrgehalt von 120 Rtlr. gewährt, soll schleunigst wiederbesetzt werden.

Zur Bewerbung um diese Stelle fordern wir anstellungsberechtigte Lehrerinnen mit dem Bemerken auf, daß wir ihren schriftlichen durch Befähigungs- und Führungs-Zeugnisse zu unterstützenden Meldungen spätestens bis zum 27. d. Mts. entgegensehen.

Danzig, den 10. März 1865.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Englisch-Deutsche Genossenschafts-Bank in London und Berlin

ist errichtet, um durch **Creditgewährung und Baarzahlung** auf Waaren, Werthpapiere, Wechsel und Rechnungen **den Handel zu unterstützen.**

Diese Bank wird **nicht nur großen Häusern** in ihren Beziehungen zum Auslande, speciell zu England, von Nutzen sein, sondern hat sich die **Hauptaufgabe** gestellt, **dem kleinen Kaufmanne und Fabrikanten, dem Handwerker,** sowie überhaupt jedem Industriellen, den Weg zu bahnen, um **zu jeder Zeit flüssiges Geld,** nach Maßgabe seiner Geschäfte, **ohne** Opfer und **großen Zinsverlust** erlangen zu können.

Die Englisch-Deutsche Genossenschafts-Bank in Berlin wird ihren Mitgliedern Bezugs- und Absatzquellen aller Fabrikate nachweisen; dieselbe **wird Vorschüsse auf Rechnungen jeder Art machen, um das usancemäßige Ziel nicht empfinden zu lassen;** dieselbe wird Waaren jeder Art beleihen, sowie endlich **Blanco-Credit** mit und ohne Garantie dritter Personen **gewähren.**

Grundcapital: 3 Millionen Pfund Sterling oder 13,333,333 Thlr. 10 Sgr.

Die Bank rivalisirt in ihren Geschäften mit allen **Königlichen und Privat-Geld-Instituten,** indem sie außerdem auch **dem kleinen Gewerbtreibenden** die Hand bietet.

Creditsuchende haben **ein Zehntel des beanspruchten** und gezeichneten **Credites einzuzahlen** und nehme ich Zeichnungen von 200 bis 66,000 Thlr., sowie Einzahlungen **von 20 bis 6000 Thlr.** entgegen. — Für die Einzahlung **sind Theilzahlungen** zulässig, auch werden Wechsel dafür angenommen.

Die Englisch-Deutsche Genossenschafts-Bank in Berlin wird selbst Capitalisten die gewinnreichste Anlage ihrer Gelder gewähren, **da, dem großen Zwecke des Instituts entsprechend,** ein bedeutender Nutzen zu erwarten ist.

Prospecte und Statute liegen bei mir zur Einsicht und Gratis-Abgabe bereit.

Beitritts-Erklärungen nehme ich entgegen, so wie ich jede Auskunft bereitwilligst auf franco Anfragen ertheile.

Max Meyer, Stettin,
Commanditair der Englisch-Deutschen Genossenschafts-Bank für die Provinzen Pommern, Ost- und Westpreußen.

„Ohne Zwischenhändler"

wird ein Rittergut in guter Lage und zwischen 70—100,000 Rtlr. reellen Werth ernstlich gesucht. Name des Suchers wird auf Wunsch gern genannt. Anschläge erbeten sub v. R. Dresden post. rest. frco.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Edwin Groening in Danzig.